alle Vorbereitungen, und der heißeste Wunsch der deutschen Feinde sei der, England zu erobern. Gegen diese Gefahr sei die Flotte allein, und sei sie noch so stark, unzureichend. England müsse auch ein starkes Heer haben, und darum sei es notwendig, daß jeder waffenfähige Engländer auch unter den Fahnen seinen Dienst tue, also die allgemeine Wehrpflicht in Großbritannien eingeführt werde. — „Nach einem dort abgehaltenen Bankett". — Das dürfte als Erklärung, wenn auch nicht vom Standpunkte der Disziplin und kavaliermäßigen Selbstbeherrschung, so doch von dem der medizinischen Diagnose hinreichen.

— London, 21. Januar. Der Herzog und die Herzogin von Connaught sind mit dem Prinzen Arthur heute nach Ostafrika abgereist. König Eduard hatte sich zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe eingefunden.

Amerika.

— Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen bilden fortgesetzt den Gegenstand des höchsten politischen Interesses. Amerika möchte offenbar keinen Zollkrieg mit Deutschland, wünscht von diesem jedoch Zugeständnisse bezüglich des amerikanischen Fleischexports herauszupressen. Aus diesem Grunde will die Union auch erst mit allen übrigen Mächten ihre Handelsbeziehungen regeln und die entscheidenden Abmachungen mit Deutschland erst treffen, wenn am 7. Februar die Sätze des alten amerikanischen Zolltarifs außer Kraft getreten sind. Die Union erwartet Nachgiebigkeit von der deutschen Reichsregierung im Hinblick auf die große Zahl der Deutschen, die in Amerika leben und dort naturalisiert sind. Durch diese Erwägung wird sich die Reichsregierung indessen so wenig bestimmen lassen, wie durch alle andern Rücksichten persönlicher Natur. Deutschland hat bei seinen Verhandlungen mit der Union genau dasselbe wie diese im Auge zu behalten und zu verfechten: seine wirtschaftspolitischen Interessen. Daher ist nur bei gegenseitigem gleichwertigen Entgegenkommen eine Verständigung möglich.

— Zu den deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen. Der „Newyork Herald" veröffentlicht Preßstimmen aus den verschiedensten Landesteilen, welche die Wichtigkeit des Handelsverkehrs mit Deutschland betonen und den Wunsch aussprechen, daß ein Zollkrieg verhütet werde.

Asien.

— Die konstitutionelle Bewegung in China. Vertreter aller Landtage sind in Peking eingetroffen, um die Einberufung des Reichstages zu fordern. Sie haben eine Volksversammlung abgehalten. Der Staatsrat hält eine von ihnen an den Regenten gerichtete Eingabe zurück. Die Landtagsvertreter, die sehr erregt sind, versammeln sich heute zu einer geheimen Sitzung.

— Schroffes Auftreten in der mandschurischen Frage. Nach einer Meldung aus Peking hat die japanische Regierung der chinesischen in nicht formeller Weise mitgeteilt, sie beabsichtige in gemeinsamem Vorgehen mit Rußland den Vorschlag des Staatssekretärs Knox abzulehnen. China trage für diesen Vorschlag die Verantwortung und habe sich damit eines unfreundlichen Aktes gegen Japan schuldig gemacht.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. In der am 21. d. M. abends 9 Uhr im Hotel „Stadt Leipzig" abgehaltenen Versammlung des Ski-Klubs Eibenstock, die von 30 Mitgliedern besucht war, wurde allgemeine Beteiligung an dem Wintersportfeste in Johanngeorgenstadt am 23. Januar beschlossen. Zu dem Juniorenlanglauf früh $^1/_4$10 Uhr, mit dem die Wettläufe am Sonntag beginnen, sind vom S. K. E. 5 Nennungen erfolgt. Sonntag nachmittag von $^1/_2$2 Uhr ab finden die Kunst- und Sprungläufe statt. Da sich die Oberleitung der Wettläufe keine Mühe hat kosten lassen, ist ein sportlich bedeutendes Rennen gesichert, das in jeder Weise Beachtung verdient. Von einer gemeinsamen Fahrt nach Johanngeorgenstadt ist abgesehen worden. Treffpunkt in Johanngeorgenstadt: Sportplatz. Skiheil!

— Schönheide. Im „Hotel Schwan" hier hält am kommenden Dienstag der obererzgebirgische Gastwirtsverband eine Versammlung ab, zu der zahlreiche Gastwirte aus der näheren und weiteren Umgebung erwartet werden. — Hier wurde ein Ski- und Rodelverein gegründet, dem sofort 5 Damen und 11 Herren beitraten, weitere Beitrittserklärungen sind zu erwarten. Der Verein führt den Namen „Wintersportklub für Schönheide und Umgebung".

— Schönheiderhammer. Bei dem hiesigen Kaiserl. Postamt ist insofern eine Personalveränderung eingetreten, als der Postgehilfe Epperlein nach Dittersdorf b. Chemnitz versetzt worden ist. An seine Stelle wurde der Postgehilfe Leonhardt aus Mühltroff berufen.

— Leipzig, 21. Januar. Die Versteigerung der historischen Sammlungen aus der Leipziger Völkerschlacht, die kürzlich auf dem bekannten Monarchenhügel, wo sie bisher unter gebracht waren, stattfand, läßt seltsame Empfindungen aus. Angesichts der nicht mehr allzu fernen Enthüllung des Völkerschlacht-Denkmals hätte sich doch ein Weg finden lassen müssen, diese Andenken der Allgemeinheit zu erhalten. So wurden sie zum Gelegenheitskauf, für 680 Mark gingen sie in Privatbesitz über.

— Riesa, 20. Januar. Der seit November v. Js. fahnenflüchtige Kanonier Merkel von der 1. Batterie des hiesigen Feldartillerie-Regiments Nr. 32 wurde jetzt von Schiffern unterhalb der Militär-Schwimmanstalt in Torgau als Leiche aus der Elbe gezogen.

— Aue, 21. Januar. Von Montag, 24. d. M. ab wird an Werktagen ein neuer Personenzug mit III. und IV. Wagenklasse von Aue nach Blauenthal und zurück verkehren. Er verläßt Aue 7^{25} nachm., Bockau 7^{42} und trifft 7^{50} nachm. in Blauenthal ein. In der Gegenrichtung verkehrt er 7^{58} nachm. ab Blauenthal, 8^{07} ab Bockau, an Aue 8^{21} nachm. Beide Züge besitzen gute Anschlüsse in Aue und zwar der 7^{45} nachm. dort abgehende neue Personenzug von dem 7^{13} nachm. von Schwarzenberg eintreffenden Personenzug und der 8^{21} nachm. in Aue ankommende neue Zug an den 8^{29} nachm. dort abfahrenden Personenzug nach Schwarzenberg—Buchholz—Annaberg.

— Bernsbach, 20. Januar. Heute nachmittag wurde der Handarbeiter Paul Graupner im Dorfbach tot aufgefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

— Rübenau, 20. Januar. Von einer Treppe gestürzt ist der 66jährige Nagelschmied Gustav Engelhardt. Er erlitt durch den rücklings erfolgten Sturz eine so schwere Gehirnerschütterung, daß er an den Folgen gestorben ist.

— Ellefeld, 20. Januar. Die 13jährige Tochter des Feuermanns Fuchs goß in den Spiritusbehälter eines Kinderspielofens Spiritus. Dabei explodierte die Flasche und setzte die Kleider des Mädchens in Brand. Einer Feuersäule gleich stürzte das Kind hinaus auf die Straße, wo das Feuer gelöscht werden konnte. Doch hatte das Mädchen bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Auch die Mutter hat sich bei den Löschversuchen die Hände verbrannt.

— Die Folgen des vogtländischen Stickerausstands. Aus Plauen wird den „L. N. N." geschrieben: Der vogtländische Stickerstreik, der durchschnittlich 4 Wochen gedauert hat, und der bekanntlich für die Arbeiter verloren ging, hat eine ganz ansehnliche Summe Geld verschlungen. Im Kampfe standen im ganzen Vogtlande etwa 3000 Sticker und noch mehr weibliches Personal. Davon entfallen auf Plauen gegen 1400 Sticker und 1500 Arbeiterinnen. Zieht man nur Plauen in Betracht und berechnet den Lohnkampf auf 4 Wochen, so beziffert sich allein der Ausfall der Löhne auf rund 200000 Mark, dazu kommen noch die gezahlten Streiklöhne in Höhe von insgesamt rund 115000 Mark, so daß der Lohnkampf das ansehnliche Sümmchen von rund 315000 Mark verschlungen hat. Infolge des Streiks haben sich keine Aufträge angesammelt; im Gegenteil es konnten alle Aufträge nach auswärts gegeben werden. Deshalb herrscht besonders in Plauen in der Schiffchenstickerei ein ruhiger Geschäftsgang, viele Sticker konnten vorläufig gar nicht wieder eingestellt werden, anderen waren wieder die seither innegehabten Plätze weggenommen und durch andere Arbeiter besetzt worden.

Amtliche Mitteilungen aus den Sitzungen des Stadtrates zu Eibenstock.

55. Sitzung vom 7. Dezember 1909.

Anwesend 5 Stadträte. Den Vorsitz führt Herr Bürgermeister Hesse. — Ohne Gewähr für daraus abgeleitete Rechte. —

1) Zur Uebernahme der Fußwegreinigung längs des Postgrundstückes an der Nordstraße und am Schulgäßchen auf die Stadt erklärt man sich bereit. Den Betrag der hierfür zu zahlenden Vergütung setzt man fest.
2) Man nimmt davon Kenntnis, daß der Spiritusverdampfungsapparat in der Gasanstalt aufgestellt worden ist.
3) Der Gasausschuß schlägt vor, die Frage der Einrichtung einer Ammoniakverdichtungsanlage in der Gasanstalt augenblicklich noch nicht zu lösen, sondern die Entschließung noch eine Zeit lang zurückzustellen. Der Rat tritt dem Vorschlage bei.
4) Die Kosten einer dringlichen Essenreparatur bei der Gasanstalt werden verwilligt.
5) Auf Vorschlag des Feuerlösch- und Beleuchtungsausschusses beschließt man,
   a) den Vertrag über die Unfallversicherung der Feuerwehren unter günstigeren Bedingungen für erstere auf 6 Jahre neu abzuschließen;
   b) für das Feuerwehrdienstjahr 1910/11 die Mannschaftsjahrgänge 1875, 1876 und 1884 bis mit 1887 zum Dienste auszuheben;
   c) 6 Stück Fernzündapparate anzuschaffen und davon 5 Stück auf der Bergstraße und 1 Stück in der Nähe der Gasanstalt anzubringen.
6) Von Ostern 1910 ab will man an der allgemeinen Fortbildungsschule hier eine Fachklasse für Bäcker einrichten.
7) Man nimmt Kenntnis
   a) mit Dank von Verwilligung einer Staatsbeihilfe zur Unterhaltung des Handfertigkeitsunterrichts;
   b) von einer Verordnung, wodurch die Errichtung eines gemeinsamen Schlachthofes für Eibenstock und Schönheide angeregt wird.
8) Eine Anzahl Gesuche um Genehmigung zur ratenweisen Abzahlung von Fußwegherstellungskosten werden unter den ortsgesetzlichen Voraussetzungen genehmigt.
9) Zu einer Reihe von Anträgen auf Uebernahme von Fußwegherstellungskosten auf die Landeskulturrentenbank gibt man die erforderliche Haftungserklärung für ordnungsmäßigen Renteneingang ab.
10) Nach Kenntnisnahme von den bezüglichen Ermittelungen erklärt man sich damit einverstanden, daß die Absicht zur Begründung eines Pferdeversicherungsvereins nicht weiter verfolgt werde, es sei denn, daß von den Pferdebesitzern dahingehender Antrag gestellt wird.
11) Das Verzeichnis der außerhalb des Gemeindebezirks wohnenden Besitzer und Teilhaber von innerhalb des Gemeindebezirks befindlichen Grundstücken, gewerblichen Betriebsstätten und Handelsniederlassungen nimmt man nach der Vorlage an.
12) Man nimmt Kenntnis
   a) von der Sparkassenübersicht und
   b) vom Fleischbeschaubericht auf vorigen Monat;
   c) vom Ergebnisse der Stadtverordnetenergänzungswahl;
   d) vom Prüfungsergebnisse der Stadtanlagenrechnung auf das Vorjahr;
   e) von einer Verordnung über die Führung des Titels „Amtstierarzt".
13) Dem Seminare für Haushaltungslehrerinnen in Dresden-Gruna bewilligt man vom Jahre 1910 ab einen widerruflichen jährlichen Beitrag v. 5 M.

Zur Beschlußfassung gelangen ferner 4 Bau-, 2 Straf-, 2 Wasserleitungs-, 4 Schul- und 13 verschiedene andere Angelegenheiten, die allgemeines Interesse nicht haben.

56. Sitzung vom 14. Dezember 1909.

Anwesend 4 Stadträte. Den Vorsitz führt Herr Bürgermeister Hesse. — Ohne Gewähr für daraus abgeleitete Rechte. —

1) Der Ankauf eines gebrauchten Sprengwagens zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise wird beschlossen.
2) Dem Rate wird mitgeteilt, daß die Käufe des Posthaltereigutes und des Flurstückes Nr. 1376 letzthin gerichtlich abgeschlossen worden sind.
3) Man hält es für erwünscht, daß künftig im Amtsblatte eine Fremdenliste über die in den hiesigen Hotels absteigenden Fremden erscheint. Mit Herrn Buchdruckereibesitzer Hannebohn ist hierüber zu verhandeln.
4) Die geplante Beratung mit den Elektrizitätsgesellschaften verschiebt man bis nach den Feiertagen
5) Auf dem Eisbahnplatze soll eine vorhandene Petroleumlaterne aufgestellt werden.
6) Mit der Wiedereinführung des Vollstundenbetriebes an den Bürgerschulen erklärt man sich einverstanden.
7) Man nimmt Kenntnis
   a) von einer Aufstellung über den Umsatz der Kochschule;
   b) von Bewilligung einer Staatsbeihilfe für die Kochschule;
   c) von Gewährung einer Staatsbeihilfe zur Erweiterung der Volksbibliothek.
8) Nachdem die Kosten für die Bearbeitung des Eisenbahnprojektes Reichenbach—Eibenstock—Johanngeorgenstadt in der Hauptsache gesichert sind, beschließt man, den Auftrag zur Planbearbeitung zu geben und die Petition zu entwerfen.

Zur Beschlußfassung gelangen ferner 5 Bau-, 3 Steuer-, 2 Schul- und 11 verschiedene andere Angelegenheiten, die allgemeines Interesse nicht haben.

57. Sitzung vom 21. Dezember 1909.

Anwesend 4 Stadträte. Den Vorsitz führt Herr Bürgermeister Hesse.

1) Der Entwurf der Eisenbahnpetition wird genehmigt.
2) Die Grasnutzung der neu erworbenen Parzelle 1376 wird auf das Jahr 1910 wieder an den bisherigen Pächter verpachtet.
3) Die nach der Gehaltsstaffel im nächsten Jahre eintretenden Gehaltszulagen für städtische Beamte genehmigt man nach der Vorlage.
4) Von den Beschlüssen der letzten Versammlung der Sächsischen Allgemeinen Bürgermeistervereinigung nimmt man Kenntnis.
5) Dem Kochschulausschusse wählt man Frau Stadtrat Männel zu.
6) Endlich bewirkt man verschiedene Nachschätzungen zu den Stadtanlagen und vermerkt das Ergebnis im Kataster.

Zur Beschlußfassung gelangen 2 Bau-, 2 Straf-, 2 Steuer- und 18 verschiedene andere Angelegenheiten, die allgemeines Interesse nicht haben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. Januar.

Der Reichstag erledigte am Freitag den Etat des Reichseisenbahnamts und genehmigte den Nachtragsetat für Ostafrika. Zum Eisenbahnetat brachten die Abgg. Carstens (freis. Vg.), Schwabach (natl.), Zietsch (soz.), Pfeiffer (Ztr.), Sterz (südd. Vp.) und Lehmann-Wiesbaden (soz.) verschiedene Wünsche vor, die vom Präsidenten des Reichseisenbahnamts Wackerzapp beantwortet wurden. Gegen die Forderungen für Deutsch-Ostafrika erklärte sich Abg. Ledebour (soz.), für sie trat Abg. Arning (natl.) ein. Abg. Liebert (Rp.) hielt die Finanz- und Eisenbahnprojekte des Staatssekretärs Dernburg für so klar und überzeugend, daß es kaum lohne, noch darüber zu sprechen. Abg. Erzberger (Ztr.) hielt die Plantagenarbeit für das wichtigste Mittel, die Schwarzen allmählig zur Arbeit heranzuziehen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Ledebour (soz.) und des Staatssekretärs Dernburg wurde der Etat genehmigt. Das Haus vertagte sich auf Dienstag 1 Uhr. Rest des kolonialen Nachtragsetats, Rechnungssachen und Militäretat. Schluß $^1/_2$5 Uhr.

Sächsischer Landtag.

H. Dresden, 21. Januar. Zweite Kammer. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 35 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Petitionen. Unter Punkt 1 berichtet im Auftrage der Beschwerde- und Petitionsdeputation Abg. Braun-Freiberg (natl.) und beantragt, die Petition von Inhabern offener Ladengeschäfte in Zwickau um Aufhebung der Verordnung vom 19. September 1870, betreffend das Verhängen der Schaufenster an Sonn- und Festtagen, der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Punkt 2 der Tagesordnung wird hiermit verbunden, da er den gleichen Gegenstand betrifft und daher auch derselbe Berichterstatter das Referat gibt. Zu diesem Punkte geht der Antrag der gleichen Deputation dahin, auch die Petition des sächsischen Verkehrsverbandes zu Leipzig wegen Aufhebung des § 3 Abs. 5 des Gesetzes über die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier vom 10. September 1870 der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Minister Graf Vitzthum von Eckstädt: Ein allgemeines Interesse an der Aufhebung des Verbots scheine nicht bei der Allgemeinheit, sondern nur bei einer allerdings sehr rührigen Minderheit zu bestehen. Redner geht dann auf verschiedene Eingaben von Angestellten und kleinen Gewerbtreibenden ein, die sich gegen das Offenhalten der Schaufenster erklären. Darnach liege die Oeffnung der Schaufenster nicht im allgemeinen Interesse. Der kleine Kaufmann solle dadurch nicht beunruhigt werden, daß der Kampf ums Dasein auch am Sonntag fortgesetzt werde. Abg. Dr. Roth-Burgstädt (freis.): Der heutige Zustand entspreche nicht den modernen Verhältnissen. Den Ausführungen des Ministers könnte kein entscheidendes Gewicht beigelegt werden. (Sehr richtig! links) In andern deutschen Bundesstaaten seien diese veralteten Bestimmungen aufgehoben worden. Ein religiöses Gefühl, das durch geöffnete Schaufenster gestört werde, kann nicht sehr stark sein. Aesthetisch wirke der Anblick geschlossener Schaufenster überdies ganz gewiß nicht. Die Regierung habe Gelegenheit, mit Aufhebung der Verordnung Handel und Gewerbe einen Beweis ihrer Fürsorge zu geben. (Beifall links.) Abg. Hartmann-Bautzen (natl.) tritt dem Minister in gleichem Sinne entgegen. Abg. Dr. Spieß-Pirna (kons.): Da noch heute eine neue Petition zum gleichen Gegenstande eingegangen sei, so wäre an sich Anlaß zur Rückverweisung an die Deputation gegeben. Die geschäftliche Lage sei aber durch den Antrag Brodauf, der der Gesetzgebungsdeputation überwiesen worden sei, eine andre geworden. Nach Eingang der neuen Petition beantrage er nunmehr, die Petition der Gesetzgebungsdeputation als Material für die Bewertung des Antrages Brodauf auf Verkürzung der stillen Zeiten zu verweisen. Der Antrag Dr. Spieß wird von den Konservativen ausreichend unterstützt, steht also mit zur Debatte. Abg. Sindermann-Dresden (soz.): Seine Freunde seien gegen den Antrag Dr. Spieß. Seine Fraktion werde für glatte Aufhebung des Verbotes stimmen. Abg. Hettner-Dresden (nationall.): Die Sache sei hier im Hause nicht neu, aber durchaus spruchreif, denn die heute eingegangene Petition enthalte keinen einzigen Grund, der nicht schon in der Deputation erörtert worden wäre, und die Regierung habe ausdrücklich auf Gehör in der Deputation verzichtet. Er bitte daher um Ablehnung des Antrages Dr. Spieß und Annahme des Deputationsantrages. (Bravo!) Abg. Opitz-Treuen i. V. (kons.): Die Rechte sehe die Ausführungen des Ministers als durchschlagend an und werde für den Antrag Dr. Spieß stimmen. Berichterstatter Abgeord. Braun-Freiberg (natl.) bittet um Ablehnung des Antrags Dr. Spieß. Abg. Günther-Plauen i. V. (freis.) bittet um Annahme des Deputationsantrages. Damit werde der Gesetzgebungsdeputation zugleich eine gewisse Direktive gegeben. Abg. Dr. Hähnel-Kuppritz (kons.): Wenn die Regierung in der Deputation vertreten gewesen wäre, so wäre der Standpunkt der Regierung doch vielleicht ein andrer geworden. Er sei deshalb für nochmalige Deputationsverhandlung. Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Dr. Spieß auf Ueberweisung an die Gesetzgebungsdeputation gegen die Stimmen der Konservativen (mit Ausnahme der Abgg. Biener und Donath) abgelehnt. Die Deputationsanträge werden hierauf gegen 12 konservative Stimmen angenommen. Die Petitionen werden